

## **DKP-Programmatik, Strategie der „Übergänge zum Sozialismus“ und die Vorbereitung des 19. Parteitags**

Die Frage nach der aktuellen und künftigen Strategie der DKP spielt im Zusammenhang mit dem Papier der 84 Genossinnen und Genossen eine ganz zentrale Rolle. Dabei geht es nicht nur um eine aktuelle Differenz, sondern um eine Fragestellung, die sich auf die Vorbereitung unseres 19. Parteitages im Oktober 2010 auswirken wird.

Auch Patrik Köbele hat in seiner „Zwischenbilanz“ eingeräumt, dass die Kritik an dem 84er Papier in mehreren zentralen Punkten berechtigt ist und auch darin Recht gehabt hat, dass sie auf die fehlende strategische Ableitung und Einordnung der vielfach sehr allgemein und pauschal gehaltenen Ausführungen und Parolen des 84er Papiers hinwies. Dies spricht für ihn und erleichtert aus meiner Sicht die (Rück)besinnung auf unsere programmatischen und strategischen Gemeinsamkeiten, die ich für wichtiger halte als die gegenwärtigen Differenzen.

Willi Gerns hat bereits in seinem Diskussionsbeitrag dazu argumentiert und in seinem Überblick die langjährige theoretische Arbeit der DKP auf diesem Gebiet zusammengefasst, die sich seit der Neukonstituierung der Partei nach 12 jähriger Illegalität in den wichtigsten programmatischen Erklärungen niedergeschlagen hat. Das soll hier nicht wiederholt werden.

Klar ist jedoch, dass die Diskussion über die Strategie der Kommunistischen Partei muss immer wieder neu geführt werden muss.

Zwar ändern sich nicht die grundlegenden Ziele der kommunistischen Bewegung: revolutionärer Bruch mit dem Kapitalismus, Aufbau einer sozialistisch-kommunistischen Alternative, die auf der politischen Macht der Werktätigen, dem gemeinschaftlichen Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln und einer planmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktion beruht. Aber die konkrete Ausformungen der kapitalistischen Gesellschaft, sowie der objektive und subjektive Zustand in den Klassenbeziehungen und auch Machtverhältnissen befindet sich in ständiger Wandlung. Daraus folgt, dass die Suche und Debatte um die jeweils konkret neu zu bestimmenden Wege zur Überwindung des Kapitalismus eine Daueraufgabe ist.

Dazu im Folgenden einige neue und alte Argumente.

### **Erstens:**

#### **Zur Bedeutung des Kampfs und der „Verteidigung“ von Reformen und sozioökonomischen Erfolgen**

Das Kommunistische Manifest forderte die Kommunisten auf, eigene Reformforderungen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen und zur Verbesserung der Kampfbedingungen gegen den Kapitalismus zu entwickeln bzw. die Reformen anderer progressiver Parteien unterstützen. Dabei sollten sie aber "keinen Augenblick (unterlassen), bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten". Und: "In allen diesen Bewegungen heben sie (die Kommunisten) die Eigentumsfrage, welcher mehr oder minder entwickelten Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor." (Manifest der

Kommunistischen Partei, Dietz Verlag 1987, S. 82 -83)

In diesem Zusammenhang gab es schon sehr früh die Debatte um Konzeptionen der friedlichen "Umwandlung" oder der "Transformation" des Kapitalismus in einen „demokratischen Sozialismus“ mit Hilfe von detaillierten Reformprogrammen. Diese Reformdebatte hat auf der politisch-organisatorischen Ebene zur organisatorischen Unterscheidung und Trennung zwischen dem sozial-reformistisch, „demokratisch-sozialistischen“ Flügel und dem revolutionären, marxistischen-kommunistischen Flügel in der Arbeiterbewegung geführt. Die heutige Differenzierung in Kommunisten und „demokratische Sozialisten“ ist überhaupt nichts Neues.

Beiträge wie R. Luxemburgs "Sozialreform oder Revolution" aus der Revisionismus-Debatte zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts oder die spätere Lenin-Kautsky-Kontroverse waren und bleiben für die DKP wichtige und unverzichtbare Bezugspunkte und Elemente unserer eigenen Strategieüberlegungen.

Zwischen Lenin und Luxemburg gab es in dieser Frage keinerlei Dissens, auch wenn sich ihre organisationspolitischen Vorstellungen über den konkreten Aufbau der revolutionären marxistischen Partei zeitweilig durchaus unterschieden. Der Kampf um Reformen ist für uns als Marxisten-Leninisten eingebettet in den Kampf für die grundlegende revolutionäre sozialistische Umgestaltung; er ist kein Selbstzweck, sondern dient der Verbesserung der sozialen und kulturellen Lebenslage des Proletariats und der Erweiterung seines politischen Spielraums. Reformen im Kapitalismus besitzen aber, darauf wies Lenin auch hin, häufig einen "Doppelcharakter". Sie stellen Verbesserungen in der Lebenslage der arbeitenden Menschen dar, haben aber zugleich auch systemstabilisierenden Charakter.

Mit dieser Einschätzung markierten Lenin wie auch Luxemburg deutlich den qualitativen Unterschied zwischen einer revolutionären Ausnutzung von Reformen und einer generellen Reform- und „Transformationskonzeption“, die im Konzept des „demokratischen Sozialismus“ an die Stelle des „revolutionären Bruchs“ mit dem Kapitalismus treten soll. In seiner Schrift „Was tun?“ prägte Lenin dazu die klassische Formel: „Mit einem Wort, wie der Teil dem Ganzen untergeordnet ist, ordnet sie ( gemeint ist die revolutionäre Arbeiterpartei) den Kampf für Reformen dem revolutionären Kampf für Freiheit und Sozialismus unter.“ (Lenin: Was tun? Dietz Verlag Einzelausgabe 1970, S. 98)

Die Erfahrungen mit dem Faschismus und der Liquidierung der bürgerlich-demokratischen Freiheitsrechte haben die Kommunisten nach 1933 dazu gebracht, sich der Bedeutung der Verteidigung der (bürgerlichen) Demokratie wieder bewusster zu werden, nachdem es Ende der 20er Jahre zeitweilig zu einer oftmals verengten und nur taktischen Bewertung des Kampfs um den Erhalt bürgerlich-demokratischer Errungenschaften gekommen war.

Auf dem VII. Weltkongress der Komintern (1935) setzte sich deshalb Georgi Dimitroff mit noch immer vorhandenen sektiererischen Auffassungen in den eigene Reihen auseinander, die die Bedeutung der Verteidigung demokratischer Rechte verkannten. „Wir sind keine Anarchisten, und es ist uns durchaus nicht gleichgültig, welches politische Regime in einem gegebenen Lande besteht: eine bürgerliche Diktatur in Form der bürgerlichen Demokratie, wenn auch mit äußerst geschmälernten demokratischen Rechten und Freiheiten, oder eine bürgerliche Diktatur in offenen faschistischer Form. Als Anhänger der Sowjetdemokratie werden wir jeden Fußbreit

*der demokratischen Errungenschaften verteidigen, die die Arbeiterklasse in jahrelangem, zähem Kampfe erobert hat, und werden entschlossen für ihre Erweiterung kämpfen.“ (G. Dimitroff: Schlusswort auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Ausgew. Schriften, Bd.2, S. 644f)*

Für den VII. Weltkongress gab es also keine schematische Trennung zwischen „Verteidigen“ von Errungenschaften und „Angreifen“ zwischen „Erhalten“ von Spielräumen und deren „Erweiterung“ im strategischen Gesamtkonzept. Dies entsprach „guter Leninscher Tradition.“

## **Zweitens: Die Strategie des "Übergangs" und die Suche nach "Zwischenschritten" zum Sozialismus**

Lenin hatte 1921 in seiner Kontroverse mit der Gruppierung der "linken Kommunisten" innerhalb der russischen KP (darunter auch Nikolai Bucharin) darauf hingewiesen, dass es keine Patentrezepte für die Entwicklung einer revolutionären Strategie geben könne. Er erinnerte u.a. daran, dass Marx immer zwei prinzipielle Strategievarianten ins Kalkül gezogen hatte: den friedlichen und den nicht-friedlichen Verlauf einer sozialistischen Revolution. Er verwies in diesem Zusammenhang auf eine Äußerung von Marx auf dem Haager Kongress der I. Internationale von 1872, in der dieser mit Blick auf die politischen Strukturen, Traditionen und Machtverhältnisse in England und in Holland es für möglich halten hatte, die Bourgeoisie unter bestimmten Bedingungen einfach "aufzukaufen"; die Revolution also auf einem unblutigen und relativ friedlichen Weg zu vollziehen.

Daran anknüpfend schlussfolgerte Lenin: "Marx band sich - und den künftigen Führern der sozialistischen Revolution - nicht die Hände in bezug auf die Formen, die Methoden, die Art und Weise der Umwälzung, denn er verstand sehr wohl, was für eine Unmenge neuer Probleme dann erstehen wird, wie sich im Laufe der Umwälzung die gesamte Situation ändern, wie oft und wie stark sie sich im Laufe der Umwälzung ändert.“ (Lenin: Über die Naturalsteuer, LW Bd. 32, S. 349)

Davon geht auch das aktuelle DKP Programm aus. Es heißt dort: „Die Erfahrungen des Klassenkampfes lehren, dass die Monopolbourgeoisie; wenn sie ihre Macht und Privilegien bedroht sah, stets versucht hat den gesellschaftlichen Fortschritt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern, bis hin zur Errichtung faschistischer Diktaturen und zur Entfesselung von Bürgerkriegen. Im harten Kampf muss ihr unvermeidlicher Widerstand überwunden und ein solches Übergewicht der zum Sozialismus strebenden Kräfte erreicht werden, das es ermöglicht, die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern und den für die Arbeiterklasse und ihre Bündnispartner günstigsten Weg zum Sozialismus durchzusetzen.“ (DKP Programm, S. 32 f)

Jede Generation von Kommunistinnen und Kommunisten muss die konkret-historischen Bedingungen für die sozialistische Umwälzung in ihrer Zeit und an ihrem Ort neu analysieren. Auf Grund nunmehr jahrzehntelanger Erfahrungen mit dem alten und neuen BRD-Imperialismus meinen wir, dass die sozialistische Umwälzung am besten durch verschiedene Zwischenschritte und Übergangsstufen vorbereitet werden wird und kann. (Vergl. den Diskussionsbeitrag von Willi Gerns.)

Die Varianten des Übergangs ebenso wie die konkreten Typen und Verlaufsformen dieses revolutionären Bruchs sind heute nicht im einzelnen genau vorherzubestimmen. Aber wir können aus heutiger Sicht eine bestimmte Grundlinie für realistischer halten als andere Varianten. Dabei geht es m.E. heute um folgende Besonderheiten.

**a) Die Strategie muss die Frage nach der strategischen Hauptrichtung der Klassenauseinandersetzungen beantworten.**

Jede ernsthafte politische Strategie muss sich nach einem langfristigen Ziel orientieren und nach den sozialen und politischen Haupthindernissen fragen: dem Hauptgegner, seinen Kräften, seinen Stärken und Schwächen.

Wo sind seine entscheidenden Potenzen konzentriert? Wo sind seine sozialen und politisch-ideologischen aber auch die organisatorischen Reserven? Gegen wen ist in einer gegebenen längerfristigen Periode demnach der Hauptstoß zu richten? Mit wem sind dann auch ausreichende politische Gemeinsamkeiten zu finden, die in Bündnissen und in Bündnisaktionen ausgedrückt werden?

Dabei scheint mir sehr wichtig zu sein, den modernen Kapitalismus bzw. die herrschende Bourgeoisie und Kapitalistenklasse nicht als etwas völlig Einheitliches anzusehen. „Es gibt Kapitalismus und Kapitalismus.“ sagte Lenin bereits in einem Brief an Maxim Gorki. „Es gibt den Kapitalismus der Oktobristen und Schwarzhunderter, und es gibt den Volkstümler-Kapitalismus (den `realistischen, demokratischen', voller `Aktivität`)." Je mehr wir den Kapitalismus vor den Arbeitern der `Habgier und Grausamkeit` überführen, um so schwerer wird sich der Kapitalismus der ersten Art halten können, um so sicherer ist sein Übergang zum Kapitalismus der zweiten Art. Das aber kommt uns, kommt dem Proletariat gelegen." (LW Bd. 34, S. 435)

Es macht deshalb strategisch sehr viel aus, wenn wir die ökonomisch stärksten, einflussreichsten und reaktionärsten Abteilungen der Bourgeoisie, die sich um die mächtigsten Sektoren des Industrie- und des Finanzkapitals gruppieren, als Hauptgegner erkennen. Im modernen Monopolkapitalismus/Imperialismus muss eine antikapitalistische Strategie immer zugleich eine **antimonopolistische** sein. Sie muss dabei die sozialen und politischen Knotenpunkte ausfindig machen, an denen der Gegner derzeit den eigenen Hauptstoß gegen die sozialen und politischen Rechte der arbeitenden Bevölkerung führt, und versuchen, dagegen eine möglichst breite Allianz in Form eines oder mehrerer, dem Wesen nach **antimonopolistischer** Bündnisse (!!!) zu schmieden.

Diese Bündnisse können und müssen auch solche Kreise der Bevölkerung einschließen, die mit der Option der Kommunistischen Partei auf den Bruch mit dem Kapitalismus nicht übereinstimmen, die aber in der Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen politischen und sozialen Problemen gemeinsame „Schnittmengen“ mit uns Kommunisten haben.

**b) Ansätze für gegenwärtige Abwehrkämpfe**

Das DKP Programm nimmt die oben skizzierten Erfahrungen der Bolschewiki und die Erfahrungen der Komintern-Periode auf, wenn es betont: „Unter den gegebenen Bedingungen werden Abwehrkämpfe im Zentrum einer ganzen Kampfetappe stehen. Schon in diesen Auseinandersetzungen wird es nur dann wirkliche Erfolge geben,

wenn ein qualitativ neues Niveau bei der Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen, der Erwerbslosen, der Rentner, aller von der Demontage sozialer und demokratischer Errungenschaften Betroffenen, wenn ein neuer Aufschwung der Friedensbewegung und anderer demokratischer Bewegungen erreicht werden kann.“ (DKP Programm S.29)

Aktuell ist ein zentrale Herausforderung die Frage, welche Rolle dabei der Kampf zur **Verteidigung** von sozioökonomischen und politischen Errungenschaften und Reformen spielt, die gegen eine wahre **sozialreaktionäre Konterrevolution** der Unternehmer behauptet werden müssen.

Alle sozialen öffentlichen und staatlichen Sicherungssysteme, die teilweise noch zurückgehen auf die Bismarckschen Sozialreformen, sehen sich einer gnadenlosen Kampagne der Unternehmerverbände, ihrer Parteien und Massenmedien ausgesetzt.

Der kapitalistische „Sozialstaat“, der in seiner nach 1945 gefundenen Ausprägung für viele Arbeiter und Angestellte ein gewisses Maß an sozialer Sicherheit bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter geboten hatte, soll nach den Vorstellungen führender konservativer Kreise in einem großen und gut koordinierten Angriff bis auf Restposten abgeschliffen werden.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber Verbände (BDA) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) haben der schwarz-gelben Koalition in ausführlichen Memoranden und Entwürfen für das Regierungsprogramm klare Vorgaben gemacht, wie das in der Bevölkerung stark verankerte Bestreben nach staatlichen Schutzmechanismen ausgehebelt werden soll. (Vergl. dazu auch meine Artikelreihe „Wenn die Konterrevolution marschiert“ und meine aktuellen Analysen zur Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb in der uz).

Heute stellt sich uns aber auch die Frage der die Menschheit bedrohenden Folgen des Klimawandels in ganz anderer Schärfe als jeder anderen Generation. Damit stellt sich für uns als neues Thema eine neue Kapitalismusvariante, in der sowohl sozialreaktionäre Züge viel stärker ausgeprägt werden als im alten „rheinischen Kapitalismus“, in der aber zugleich auch Züge eines „grünen und ökologischen Kapitalismus“ angelegt sind- stärker als selbst unter der „rot-grünen“ Koalition. (Vergl. auch dazu die uz-Klima-Berichterstattung – aktuell zum Kopenhagener UNO-Klimagipfel)

### **c) Die Dialektik von Defensive und Offensive löst sich auf in der Orientierung auf „WIDERSTAND“.**

Die damit verbundene und unter uns strittige Frage ist, was es dabei mit „Defensive“ und „Offensive“ auf sich hat. Ist die Losung nach „Verteidigung des Erreichten“ nicht zu defensiv? Müssen wir nicht einen „Gegenangriff“ organisieren?

Die Orientierung auf einen kämpferischen Widerstand, auf „Resistance“, hat nicht nur einen reinen Verteidigungscharakter. Das hat nichts zu tun mit passivem Abwarten und einem furchtsamen Sich- Einigeln. Im Gegenteil.

Aus der realen Entwicklung und Dialektik solcher Auseinandersetzungen entsteht nach unserer Vorstellung durch das bewusste Orientieren der Kommunistischen Partei eine enge dialektische Verbindung von Widerstand und Offensive. Darauf

verweist das DKP Programm, wenn es in diesem Zusammenhang formuliert: „Zugleich können und müssen in den Kämpfen um die Verteidigung des Erreichten die Kräfte gesammelt werden für fortschrittliche Reformen, für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt.“ ... Deshalb muss mit den Ansätzen von Widerstand die Perspektive von Veränderung und Reformen verknüpft werden.“ (DKP Programm, S. 29)

Je überzeugender und aktiver die Kommunisten in solchen Auseinandersetzungen mitwirken, kämpferisch orientieren und auftreten, desto eher „können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so verändert werden, dass der Kampf um gesellschaftliche Alternativen eine reale Perspektive bekommt.“ (DKP Programm, S. 31)

Dies ist keine Frage von abstrakter „Sozialismus-Agitation und Propaganda von außen. In dem Maße, in dem über die Bedingungen und Hindernisse innerhalb von Bündnissen und Bewegungen bei der Verfolgung gemeinsamer Abwehr- und Reformforderungen beraten wird, desto „natürlicher“ wird sich auch die Frage nach der politischen Perspektive des gemeinsamen Kampfes stellen.

„Die DKP hält es für möglich und notwendig, dass im Ergebnis des antimonopolistischen Kampfes solche ... antimonopolistischen-demokratische Umgestaltungen durchgesetzt werden, die zur Zurückdrängung der Allmacht des Monopolkapitals und zur Erweiterung der Einflussnahme der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten führen und so dazu beitragen können, den Weg für den weiteren Kampf um den Sozialismus freizumachen.“ (DKP-Programm, S. 32)

#### **d) Besonderheit des raschen Wechsels von Defensive und Offensive im staatsmonopolistischen Kapitalismus**

In seiner Arbeit „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ erklärte Lenin, welche Bedeutung im staatsmonopolistischen Kapitalismus eine andere als die "normale" bürgerliche Demokratie, die aber noch keine sozialistische ist, besitzen kann. Diese Einschätzung hat bis in die aktuelle Gegenwart die Strategiediskussionen der Kommunistischen Parteien stark beeinflusst.

Lenin betonte: „Man wird sehen, dass der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär- demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus hin bedeutet...“ (Lenin Werke Bd. 25, S.368f)

Erst ab Mitte September 1917 war für Lenin endgültig die "höchst seltene und höchst wertvolle" (Lenin: Über Kompromisse, LW Bd. 25, S. 315) Möglichkeit eines friedlichen Verlaufs der Revolution und einer neuen Zwischenetappe vor der sozialistischen Revolution verstrichen. Seitdem drängte er die Partei dazu, den bewaffneten Aufstand auch organisatorisch und militärisch vorzubereiten.

Später erklärte Lenin in der Schrift "Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" auf Grund welcher Bedingungen diese revolutionäre Offensive möglich geworden war. Dabei fasste er zentrale Elemente seiner strategischen Erfahrungen zusammen, die auch die besonderen Bedingungen in den hochentwickelten Ländern mit einem staatsmonopolistischen Kapitalismus berücksichtigten.

Ich möchte drei Gedanken hervorheben:

1. Nach Lenin ist die Einigung der Arbeiterklasse, ihre Aktionseinheit, die allerwichtigste Grundvoraussetzung für jeden Versuch einer antikapitalistischen Umwälzung. Die Kommunistische Internationale entwickelte hiervon ausgehend auf ihrem III. Kongreß (1921) das Konzept der Sammlung und Konzentration der verschiedenen politischen Strömungen der Arbeiterbewegung in der proletarischen Einheitsfront. In Deutschland bewährte sich die proletarische Einheitsfront erstmals beim Zusammenschluss der politischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften 1920, als diese in einem Generalstreik den Kapp-Putsch beendeten.

Unumgänglich ist die Existenz einer gut organisierten und entschlossenen revolutionären Partei des sich seiner historischen Rolle bewusst gewordenen Proletariats mit Masseneinfluss. Einer Partei, die außerdem alle Kampfformen beherrscht.

2. Es reicht nach den Erfahrungen aller Revolutionen nicht aus, dass eine revolutionäre Klasse allein in Bewegung gerät und den Kampf mit der herrschenden Klasse allein aufnimmt.

Deshalb orientierte Lenin zusätzlich zur Konzeption der Aktionseinheit der Arbeiterklasse auf ein strategisches oder auch nur zeitweiliges Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und anderer antikapitalistischer Klassen und Schichten. Im "Linken Radikalismus" unterstrich Lenin diesen Gedanken der Bündnispolitik des Proletariats. Es heißt darin:

"Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man unbedingt aufs angelegentlichste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, selbst den kleinsten 'Riss' zwischen den Feinden, jeden Interessensgegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus überhaupt begriffen." (LW Bd.31, S. 56f)

Diesen Gedanken nehmen wir auf, wenn wir von der Notwendigkeit eines breiten antimonopolistischen Bündnisses sprechen.

### **e) Wechsel von Defensive und Offensive beim „Herankommen“ an die Revolution**

Das "Kommunistischen Manifest" sagt, „dass der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Er kämpfung der Demokratie“ ist. An anderer Stelle heißt es: "Sie (die Kommunisten) kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung."

Und in der sich gerade entwickelnden bürgerlichen Revolution von 1848 in Deutschland sahen sie "das unmittelbare Vorspiel der proletarischen Revolution." (Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O; S. 82f)

Diese bereits bei Marx erkennbare Suche nach den geeigneten Formen des „Herankommens an die Revolution“, des Vorbereitens und Ausnützens einer revolutionären Situation unter den jeweiligen nationalen Besonderheiten und der Suche nach geeigneten "Übergangsformen zum Sozialismus" wurde für Lenin und später für die „III. (Kommunistische) Internationale“ eine zentrale revolutionstheoretische Fragestellung. Lenin hat in seiner Arbeit "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" (1905) den Gedanken des Kampfs um den "Übergang zum Sozialismus" und eine Strategie der Verbindung zwischen demokratischen und sozialistischen Kampf entwickelt. Ihm ging es um das Hinüberwachen des demokratischen Kampfes in die proletarisch-sozialistische Revolution. Dies sah er als einen kontinuierlichen, einheitlichen Prozess an.

Die Grundgedanken von „Zwei Taktiken“ wurden von Lenin zu verschiedenen Zeiten in modifizierter Form wiederholt und neu durchdacht. Sie spielten auch in der unmittelbaren Vorbereitung auf die Oktoberrevolution von 1917 eine sehr wichtige Rolle.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Exil überraschte Lenin in seinen "April-Thesen" die Bolschewiki damit, dass er auf die rasche Fortsetzung der Revolution und auf den schnellen Übergang zu einer neuen Etappe orientierte, in der die **Voraussetzungen** für die Vorbereitung auf den Aufstand geschaffen werden sollten. Er erklärte vor der Petrograder Parteiorganisation der Bolschewiki:

"Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Russland besteht im Übergang von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewusstseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, zur zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muss.“ Das nächste Ziel beschrieb er so: „Keine parlamentarische Republik - von den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren wäre ein Schritt rückwärts- sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande, von unten bis oben.“

Aber das sei noch nicht die sozialistische Republik und auch der Zeitpunkt für den entscheidenden offensiven Vorstoß zur sozialistischen Machtergreifung sei noch nicht gekommen. „Nicht 'Einführung` des Sozialismus als unsere *unmittelbare* Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.“ (Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution. LW Bd. 24,S.5 f)

Lenin prüfte also selbst in dieser Phase hochentwickelter Klassenauseinandersetzungen sehr genau, in welchem Moment eine „Offensive“ möglich ist und wann es um eine Phase der Kräftesammlung oder gar einer Defensive und eines Rückzugs ging.

In den sehr kritischen Monaten Juni /Juli und im September 1917 schien für viele Linke die Lage Anfang Juni 1917 bereits mehr als reif für eine revolutionäre Offensive und die „Machtergreifung“. Es kam zu großen Arbeiter- und Soldatendemonstrationen, die dadurch ausgelöst worden waren, dass die Provisorische Regierung unter A. Kerenski mit Unterstützung des Ersten



Gesamtrussischen Sowjetkongresses, auf dem die Partei der Sozialrevolutionäre und die Menschewiki die Mehrheit innegehabt hatten, zu einer neuen Mobilmachung und Militäroffensive aufrief.

Dies löste große Unruhe unter der kriegsmüden Bevölkerung aus. Doch die Bolschewiki ließen sich aber selbst angesichts großer bewaffneter Arbeitermassen zu diesem Zeitpunkt nicht zu einem „offensiven“ schnellen Zuschlagen hinreißen. Der geeignete Zeitpunkt für einen erfolgreichen bewaffneten „offensiven“ Schlag und den militärisch abgesicherten Aufstand war nach genauer Analyse der Kräfteverhältnisse in den Sowjets und in der Armee noch nicht gegeben. Nach Lenins Berechnung hätte er zu diesem Zeitpunkt scheitern müssen.

Und selbst noch im September 1917 hieß das nächste taktische Ziel der Bolschewiki angesichts des drohenden Militärputsches unter Führung des zaristischen Generals Kornilow nicht „Offensive“ für die sofortige sozialistische Revolution- sogar nicht einmal mehr „Sowjetmacht“ wie noch im April. Zur Vereitelung einer „drohenden Katastrophe“ ging Lenin einen großen Schritt zurück.

Er rief zu einer gemeinsamen Abwehrfront gegen die Putschisten auf und orientierte nun gleichzeitig auf die Erkämpfung einer „revolutionär-demokratischen“ Staatsmacht, die die zentralen ökonomischen und politischen Entscheidungen und Maßnahmen einleiten sollte, welche dann später die Kapitalistenklasse schließlich endgültig von der Macht verdrängen sollten. Zu diesem Zeitpunkt war letztmalig eine Form der friedlichen Machtergreifung möglich gewesen. (Vergl. W.I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, Werke Bd, 25, S 327 ff.).

Von diesem raschen Wechsel auch von taktischen Defensiven und Offensiven bei Beibehaltung des einmal für richtig erkannten strategischen Zieles (Sturz der bürgerlichen Regierung) profitierten in den folgenden entscheidenden Wochen die Bolschewiki enorm. Im Verlauf des Kampfes gegen den Kornilow-Putsch – also der „Defensive“- begann die Etappe der massenweisen Bolschewisierung“ der Sowjets. Dies wurde neben dem weiteren Ausbau des Einflusses der Bolschewiki in der Armee und der zunehmenden Kriegsmüdigkeit der entscheidende Faktor, der Lenin schließlich dazu bewog, noch vor dem Zusammentreffen des Sowjetkongresses die Partei unmittelbar in die endgültige Offensive, den Aufstand, zu führen.

#### **f) Was sind mögliche Formen des "Übergangs" zur sozialistischen Revolution?**

Um aus einer revolutionären Krise den Übergang zum Machtwechsel zu finden, bedarf es unter Umständen weiterer Maßnahmen, um die revolutionären Kräfte zu bündeln und das Kräfteverhältnis in Richtung des revolutionären Umbruchs schrittweise weiter zu verändern.

Lenin forderte daher im "Linken Radikalismus" dazu auf, "die Form des Übergehens zur proletarischen Revolution oder des Herangehens an sie ausfindig zu machen." (ebenda S. 79)

Eine dieser Formen war in den zwanziger Jahren die Konzeption der Arbeiter- und Bauernregierungen als eines möglichen revolutionären Übergangsstadiums zur proletarischen Revolution an. Diese Konzeption wurde Ende 1922 auf dem IV.

Kongreß der Komintern beschlossen. Sie beruhte u.a. auch auf neu entwickelten Vorstellungen und Erfahrungen der KPD.

Manche Argumente, die damals entwickelt worden waren, müssen auch wir heute noch für aktuelle Strategiediskussionen bedenken.

Auf Grund der innerparteilichen Erschütterungen, diversen Umgruppierungen in der Führung der KPD, aber auch im Gefolge der allgemeinen politischen Entwicklung in Deutschland (Heranrücken des Faschismus, Wirtschaftskrise 1929, etc.) kam es später zu strategischen Umorientierungen der KPD und der Komintern. (Vergl. dazu meinen alten Artikel in Marxistische. Blätter 3-96)

Der Grundfehler dieser "Korrekturen" war, dass eine nahtlose Gleichsetzung von objektiver ökonomischer „Reife“ für den Sozialismus und der politischen Bereitschaft der Arbeiterklasse zur Durchsetzung der proletarischen Revolution angenommen wurde. Der "subjektiv Faktor" wurde praktisch völlig ausgeblendet- ein mit der Leninschen Strategie eigentlich völlig unvereinbarer Standpunkt.

Erst auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 kam es zu einer Rückbesinnung auf die Quintessenz leninistischer Strategie. G. Dimitroff erinnerte wieder daran, dass die Kommunistischen Parteien sich gemäß der konkreten Lage um diese oder jene Form der Vorbereitung auf die sozialistische Umwälzung bemühen müssten.

Dimitroff sagte:

"Vor fünfzehn Jahren hat uns Lenin aufgefordert, unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, 'die Form des Übergehens zur proletarischen Revolution oder des Herangehens an sie ausfindig zu machen.' Möglicherweise wird die Einheitsfrontregierung in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen...

Warum maß Lenin der Form des Übergangs zur proletarischen Revolution eine so außerordentlich große Bedeutung bei? Weil er dabei das 'Grundgesetz aller großen Revolutionen' im Auge hatte, dass Propaganda und Agitation allein nicht imstande sind, den Massen die eigene politische Erfahrung zu ersetzen, wenn es sich darum handelt, wirklich breite Massen der Werktätigen auf die Seite der revolutionären Vorhut zu bringen, was für den siegreichen Kampf um die Macht unerlässlich ist." (VII. Weltkongreß der Komintern, Referate und Resolutionen, Frankf./M. 1973, S. 148)

Die KPD entwickelte auf ihren Parteikonferenzen von 1935 ("Brüsseler Konferenz") und 1939 ("Berliner Konferenz") die von W. Pieck und G. Dimitroff vertretenen Positionen des VII. Komintern-Kongresses über die Regierung der antifaschistischen Einheitsfront weiter. Sie sprach sich für die Errichtung einer antifaschistischen, "neuen demokratischen Republik" als nächstem strategischem Etappenziel aus.

Dies blieb nach der Zerschlagung des Faschismus auch die strategische Konzeption in der programmatischen Erklärung der KPD vom 11. Juni 1945.

In der alten BRD setzte die 1956 wieder illegalisierte KPD im Frühjahr 1968 mit einem neuen Programmentwurf an der Konzeption des "Herankommens" an die sozialistische Umwälzung an, der über den Weg einer demokratischen Umwälzung in der vom Monopolkapital beherrschten BRD führen sollte.

Die im Herbst 1968 neukonstituierte DKP griff diese Gedanken in ihren ersten programmatischen Erklärungen auf. Sie konkretisierte sie in den "Thesen" ihres Düsseldorfer Parteitags von 1971 und in ihrem Parteiprogramm von 1978 zur

Konzeption der "antimonopolistischen Demokratie". Darauf bauten wiederum die "Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP" von 1993 wie auch unser neues Parteiprogramm von 2006 auf.

Der Parteivorstand der DKP wird – wie es seine Aufgabe ist -im Januar 2010 politische Orientierungen und Arbeitsschwerpunkte beraten und der Partei zur Diskussion vorschlagen, die für die nächste Periode eine Antwort auf die gegenwärtige Krise des Kapitalismus sein sollen.

Die gemeinsame kollektive Beratung in allen Parteigruppen soll zu einer Entschließung und Beschlussfassung durch den 19. Parteitag führen, die die Partei zum einheitlichen und gemeinsamen Handeln befähigen soll.

Das wird mit Sicherheit keine nach innen gerichtete Orientierung sein. Denn wir wissen:

„Die Deutsche Kommunistische Partei hat sich nicht um ihrer selbst willen gebildet. Sie wirkt mit der Arbeiterklasse und in der Arbeiterklasse für die Zukunftsinteressen der Menschheit.

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, Frieden und Sozialismus – dafür kämpft die Deutsche Kommunistische Partei.“

**Hans-Peter Brenner**